

Keine Zensur im Namen des Jugendschutzes!

Mit der geplanten Änderung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV) zu befürchten, eine Zensurinfrastruktur für das Internet aufgebaut werden soll. Der Entwurf beweist auf tragische Weise das absolut mangelnde Verständnis der Verantwortlichen gegenüber dem Medium Internet. Am 25. März 2010 wurde der Entwurf bei der Konferenz der Regierungschefs der Länder abgesegnet. **Die Piratenpartei Deutschland und deren Jugendverband Junge Piraten (JuPis) lehnen diesen ohne öffentliche Diskussion zustande gekommenen Änderungsentwurf entschieden ab.** Der deutsche Online-Jugendschutz ist bereits jetzt einer der strengstens in allen demokratischen Staaten, es existiert also keine Schutzlücke. Eine öffentliche Auseinandersetzung über die Herausforderungen der modernen Medien ist notwendig, undurchdachte Schnellschüsse in der Gesetzgebung mit gravierenden Mängeln dagegen nicht.

Probleme des JMStV-Entwurfs aus netzpolitischer Sicht:

- **Anbieter im Internet werden verpflichtet, alle „jugendgefährdenden“ oder „entwicklungsbeeinträchtigenden Inhalte für Kinder unter 12 Jahren zu sperren oder entsprechend zu kennzeichnen.** - Eine ähnliche Zensurinfrastruktur für Printmedien würde bedeuten, dass Verlage jede Zeitung und jedes Buch kennzeichnen müssten, bevor es gedruckt und ausgeliefert wird.
- Webseitenbetreiber müssen ihre Inhalte in Altersklassen kategorisieren, um so sicherzustellen, dass Kinder nicht an Inhalte der falschen Altersklassen herankommen. Nicht gekennzeichnete Seiten fallen automatisch in die Kategorie „ab 18 Jahre“.
- Alternativ zur Alterskennzeichnung sollen feste „Abfragezeiträume“ für Websites eingeführt werden, beispielsweise nur von 22 bis 6 Uhr für Inhalte ab 16. - Der Versuch ein veraltetes Modell aus der Rundfunkwelt auf das Internet zu übertragen. Das Internet hat jedoch keine Sendezeiten.
- **Allgemein gilt: Selbstbewertung und Kennzeichnung sind Maßnahmen, die bereits Mitte der 90er Jahre international ausführlich diskutiert und als unpraktikabel verworfen wurden.** Selbstbewertung ist aufwendig, unhandlich und teuer:
 - Anfang Mai gab es über 13,6 Millionen .de-Domains, auf denen alleine Google knapp 600 Millionen Seiten findet. Wer soll das alles bewerten? - Beispielsweise hat die deutschsprachige Wikipedia über eine Million Einträge. Wer soll die alle kennzeichnen?
 - Echtzeit-Kommunikation (z.B. Chats) kann nicht bewertet werden.
 - Kontroverse Sprache wird zensiert (z.B. Drogen- oder AIDS-Aufklärung für Jugendliche in sozialen Brennpunkten muss deren Sprache nutzen).
- **Es ist unmöglich, deutsche Gesetze einer globalisierten Welt überzustülpen.**
 - Die Kennzeichnung mit starren Altersstufen wird einem weltweiten Medium nicht gerecht, da sich die Medieninhalte, die als kindgerecht angesehen werden, in vielen Kulturkreisen unterscheiden. In den USA herrschen im Vergleich zu Deutschland vollkommen andere Vorstellungen darüber, wie viel nackte Haut oder Gewalt einem 12-jährigen Kind zugemutet werden kann.
 - Die Forderung, den Zugang zu ausländischen Seiten, die sich nicht an deutsche Gesetze halten, von Deutschland aus zu sperren, käme einer Abtrennung Deutschlands vom Internet gleich.

Probleme des JMStV-Entwurfs aus medienpädagogischer Sicht:

- Fokus auf technische Filterprogramme, die in der Praxis die Arbeit behindern und die tatsächlichen Probleme nicht adressieren, ist aus medienpädagogischer Sicht abzulehnen. **Technik kann Erziehung nicht ersetzen.** Der Einsatz von Filterprogrammen wirkt wie eine Kapitulation vor einer neuen kulturellen Realität.
- Die JMStV-Herangehensweise schränkt die demokratische Medienvielfalt, die Möglichkeit zum Lernen in einer globalen Gesellschaft und das Stärken von Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen ein. **Medienkritik als Teil von Medienkompetenz braucht keine Regulierung sondern begleitete Auseinandersetzung.**
- Die Bildungsarbeit mit Medien wird durch den JMStV stark eingeschränkt, die Medienpädagogik wird zum Bewahrangebot. Selbstlernprozesse brauchen Kanten und Ecken.

Jugendschutz ist kein technisches Problem!

Ein sinnvoller Jugendschutz kann nur durch Aufklärung, Begleitung und entsprechende Medienkompetenz bei Eltern und Lehrern stattfinden, die ihren Kindern dadurch kompetent zur Seite stehen können. Eltern müssen in der Lage sein bzw. befähigt werden, den individuellen Entwicklungsstand eines Kindes beurteilen zu können und damit entscheiden zu können, wo die Grenzen der Kinder beim Umgang mit Medien sind. Dies lässt sich über Bildungsangebote und die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit modernen Medien verwirklichen.